"Aber der menschliche Geist ist ein kurioses Ding: Was in den einmal eingegebenen Kreis der Gedanken nicht paßt, existiert für ihn nicht."
Justus von Liebig (1803-1873)

Bericht über die Veranstaltung am 6. September 2002,
Begründung für weitere Wasserrechtspolitische Foren

Gut, dass das 1. Wasserrechtspolitische Forum im Landtag in Potsdam stattfand und nicht im Dresdner Landtag, den man seinerzeit in das ursprüngliche Bett des Flüsschen Weisseritz baute. Wie die Nationale Flut kam, mußte die Weisseritz dort hindurch, durch den Bahnhof auf den Bahnsteigen und an den Zügen vorbei. Ein bedauerlich sehr teures Experiment mit ungewissem Ausgang: die staatliche Schönwettertechnologie auf dem Prüfstand. Diesmal geschah es zu sommerlichen Badewassertemperaturen. Wie, wenn es das nächste Mal im düsteren Winter bei wenigen Graden über Null geschieht? Um mitzuhelfen, weitere Milliarden-Schäden zu verhindern, bleibt es das Thema unser politischen Bildung.

Deshalb stand das Forum unter der Erkenntnis des Sophisten Antifon, der vor ca. 2.500 Jahren lehrte: *"Der Befehl des Gesetzes ist willkürlich, während der Befehl der Natur auf der Notwendigkeit beruht. Der Befehl des Gesetzes ist bloß angenommen und hat keine Wurzeln in der Natur, während der Befehl der Natur gewachsen ist in der Natur selbst und nicht auf Annahmen beruht. ... Für den, der den Notwendigkeiten trotzt und die Gesetze mißachtet, die ihre Wurzeln in der Natur haben, ist das Unheil nicht geringer, weil keiner es weiß, und größer, weil alle es sehen. Denn der Schaden geschieht nicht durch die Kraft der Meinung des Volkes, sondern durch die Kraft der Wahrheit."* (Übersetzt aus dem Dänischen)

Prof. Dr. Löffler von der TU Dresden berichtete zusätzlich über die Flutfolgen, verursacht durch die zentralen Abwasseranlagen: ein unbeschreiblicher Gestank lag über der Stadt und alle Gartenfrüchte sind kontaminiert, müssen weggeworfen werden. Die Kanalrohre der höher liegenden Siedlungen zu den an der Elbe liegenden Kläranlagen sind durch den Überdruck zerstört. Es fragt sich, ob die Anlagen mit enormen Kosten wieder in der alten Struktur aufgebaut werden sollten.

Die große Flut hat schon im Vorfeld gestört. Doch dass die Machthabenden versuchten zusätzliche Verwirrung zu stiften, anstatt sich an den Diskussionen konstruktiv öffentlich zu beteiligen, ist sehr bedauerlich und zeigt: offensichtlich besteht hier ein größerer politischer Bedarf, soll die Demokratie-Entwicklung nicht zur Fiktion verkommen.

»Nicht alle, die etwas zu sehen glauben, haben die Augen offen; und nicht alle, die um sich blicken, erkennen auch, was um sie herum und mit ihnen geschieht. Einige fangen erst an zu sehen, wenn nichts mehr zu sehen da ist. Erst wenn sie Haus und Hof zugrunde gerichtet haben, beginnen sie, umsichtige Menschen zu werden. Zu spät hinter die Dinge zu kommen, dient nicht zur Abhilfe, wohl aber zur Betrübnis.« Jesuitenpriester Baltasar Graciän (1601-1658) nennt in seinem Werk »Oraculo manual« neben Kurzsichtigkeit und Blindheit: Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit, Bequemlichkeit und Oberflächlichkeit, Einseitigkeit und Engstirnigkeit, Rücksichtslosigkeit und - immer wieder - Unachtsamkeit.

Wir haben diese Veranstaltung bewußt zum Ende der Rio+10-Konferenz in Johannesburg gelegt. Wasser stand dort von den UN mit höchster Priorität auf der Tagesordnung. Um zu nachhaltigen (sprich: naturgerechten) Lösungen zu gelangen, muß man in der Geschichte wie ein Weitspringer einige Schritte zurückgehen, Anlauf nehmen und kann dann weit in die Zukunft springen:

Justus von Liebig erstellte im Jahre 1865 für den Oberbürgermeister von London ein Gutachten über die Entsorgung der in die Kanalisation abgeführten Abfallstoffe der britischen Weltmetropole. Liebig war gegen die weitere Verklappung der Kloakenstoffe mit Schiffen im offenen Meer. Er setzte sich vehement für deren Rückführung über Rieselfelder in den Kreislauf des Lebendigen ein. Liebig kannte anhand seiner Analysen nicht nur den chemisch erfaßbaren Wert der Abfallstoffe. Er wußte, in China und Japan wurde im intensiven Landbau die Fruchtbarkeit durch Jahrtausende nur dank der sorgfältigen Behandlung und Rückführung aller organischen Abfallstoffe aufrechterhalten. Liebig analysierte das Wasser, in dem Fische, Kartoffeln, Blumenkohl und Weißkraut gekocht wurden. Ein Wert von damals unglaublichen zwei Millionen Pfund Sterling gingen in Londons Kloake über.

Liebig dachte ganzheitlich. Ihm war bewußt: das Beispiel Englands wird ausschlaggebend mit grundsätzlicher globaler Bedeutung. Um im aufstrebenden Zeitalter Fehlentwicklungen frühzeitig zu verhindern,

würden allein die Engländer die Geldmittel und die Ausdauer haben, seine Pläne, an denen er zwanzig Jahre hart gearbeitet hatte, zu verwirklichen. Doch leider konnte er sich damals in London nicht durchsetzen.

Heute, fünf Generationen später und mit erheblichen Problemen belastet, machen sich einige umweltbewußte Bürger Brandenburgs auf, um von Justus von Liebig zu unser aller Nutzen zu lernen, befolgen im Gegensatz zu den staatlichen Stellen im Lande(1.) den Artikel 12 der EU-Richtlinie 91/271 EWG vom 21. Mai 1991: "Gereinigtes Abwasser soll nach Möglichkeit wiederverwendet werden", und betreiben „Nutzwasseranlagen", um hochwertiges Trinkwasser zu sparen, indem sie häusliches Schmutzwasser gereinigt landbaulich-gärtnerisch nutzen. Ihr vorbildliches Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft löst bei staatlichen Stellen im Land Brandenburg obrigkeitliche Drangsalierungen klassisch-bürokratischer Machtmißbrauchs-Schikanen aus.(2.) Erst nach jahrelangen Gerichtsverfahren setzten sich einzelne gegen die Obrigkeit durch, dürfen ihre private Nutzwasseranlage behalten, bleiben jedoch dem Abwasserzweckverband, der für sie keinen Nutzen erbringt, sondern sie nur behindert hat, tributpflichtig. Der sehr detailliert ausgearbeitete Vortrag von Siegbert Mahal zeigte hier Strategien, wie Bürger sich vor Gericht dagegen wehren können.

Leider wird nun die gegen den Bürgerwillen mancherorts durchgesetzte unökologisch-unökonomische Beton-Technologie der zentralen (Ab)Wasserwirtschaft mit dem Segen des Umweltgipfels von Johannesburg, verstärkt durch die Mittel der Weltbank, globalisiert. Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos, jedoch nicht konzernlos) hat E.ON (auf deren Pensionsliste er steht), RWE & Consorten gigantische Aufträge verschafft. Was z.B. in Briesensee am Rande des Spreewaldes, auf höherem wirtschaftlichen Niveau zu besichtigen ist, trifft in naher Zukunft die Armen der Ärmsten der „Dritten Welt" auf niedrigstem wirtschaftlichen Niveau mit voller Härte: die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen kommender Generationen, bei kollektiver ökonomischer Haftung der Bevölkerung für Fehlinvestitionen; gefördert und gedeckt von gleichgültigen Politikern und Bürokraten der reichen Metropolen.(3.)

Gegen die Voten von Monopolkommission und Bundeskartellamt genehmigten Bundeskanzler Schröder und Bundeswirtschaftsminister Werner Müller die Übernahme der Ruhrgas durch E.ON. Ziel der Fusion ist ausdrücklich, den Wettbewerb auf dem deutschen Gasmarkt zu beschränken. E.ON soll mit sicheren - sprich: ungerechtfertigt überhöhten - Einnahmen in Deutschland zum Global Player aufsteigen - sprich: Eroberungen im Ausland finanzieren. Versorgungsleistungen aus einer Hand werden gerühmt: „Multi Utility - vom Kraftwerk bis zur Steckdose, vom Bohrloch bis zum Gasherd und von der Quelle bis zum Wasserhahn". Dabei liegen die Gaspreise in Deutschland im EU-Vergleich bereits jetzt auf dem höchsten Niveau. Die Wettbewerbsbeschränkung wird als „im überragenden Interesse der Allgemeinheit" liegend, begründet. Die enormen Folge-Fernwirkungen auf weit über eine Milliarde Menschen sind nicht zu unterschätzen.

Brandenburg könnte jedoch die high-tech dezentrale (Ab)Wassertechnologie politisch fördern und damit Wirtschaftskraft mit Arbeitsplätzen etablieren und gleichzeitig einen beachtlichen nachhaltigen Beitrag zur Gerechtigkeit in der Welt leisten. Beachte: Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit.

Potsdam, den 11. September 2002

Ulrich Jochimsen
1. Sprecher des Vorstandes der Grundtvig-Stiftung e.V.
für bürgerbewegte politische Bildung in Brandenburg

(1.) „Alles was Recht ist ... Materialien zum 1. Wasserrechtspolitischen Forum"

(2.) „Einfälle statt Abfälle, Verwirklichung der AGENDA 21 statt Anschluss- und Benutzungszwang"

(3.) *„Der derzeitige Trend, eine sich mehr und mehr verselbstständigende Wasserwirtschaft in den Ballungszentren zu betreiben und auf den dünn besiedelten Raum zu übertragen, führt zu einem administrativ-industriellen Komplex, der die Gesellschaft durch unproduktive Baumassnahmen sowie hohe Energie- und Ressourcenverschwendung zunehmend belastet. Diese Maßnahmen erscheinen angesichts der wasserwirtschaftlichen Potentiale der Landschaft nicht nur überflüssig und unproduktiv, sie sind einer nachhaltigen Entwicklung abträglich, da die zentralisierte Wasserwirtschaft sich zunehmend an der nachhaltigen Schädigung der Landschaft beteiligt, indem sie durch eine Dynamisierung des Bodenwasserhaushaltes des Umlandes eine flächendeckende Auslaugung der Böden betreiben."*
Prof. Dr. Wilhelm Ripl, TU Berlin, Institut für Ökologie und Biologie, Limnologie

3. Begründung

Die neue brandenburgische Richtlinie über den Einsatz von Kleinkläranlagen wird vermutlich Anfang April 2003 im Amtsblatt veröffentlicht. Wesentliche Änderungen im Landesbaurecht zugunsten von Kleinkläranlagen sind den meisten Bürgern unbekannt. Es wird in weiten Kreisen so getan, als sei nichts geschehen.

Der politische Wille von Agrar- und Umweltminister Wolfgang Birthler (SPD) wird durch eine dpa-Meldung von Anfang Februar 2003 deutlich. Der Minister sieht im Land Brandenburg einen großen Markt für den Bau und die Wartung von biologischen Kleinkläranlagen. Besonders im dünn besiedelten ländlichen Raum gebe es dafür einen erheblichen Bedarf, sagte er. Die Hauskläranlagen wären deutlich kostengünstiger als teure Anschlüsse über lange Rohrleitungen an das zentrale Abwassernetz. In Brandenburg könnten dauerhaft bis zu etwa 15 Prozent der Einwohner über dezentrale Abwasseranlagen entsorgt werden, betonte Minister Birthler. Das würde in den nächsten Jahren den Einbau von immerhin über 100.000 neuen Hausklär-anlagen erfordern. Jede moderne Kleinkläranlage reiche für bis zu 50 Einwohner und könne pro Tag bis zu acht Kubikmeter Abwasser entsorgen, erklärte Birthler. In den zurückliegenden Jahren hatte die Landesregierung vorrangig auf die zentrale Abwasserentsorgung gesetzt. Durch Planungsfehler entstanden vielfach überdimensionierte und heute längst nicht ausgelastete Klärwerke. Die Kommunen häuften dadurch einen Schuldenberg in Millionenhöhe an. (vgl. MOZ, „Bedarf an Kleinkläranlagen", 10. 2. 03)

Nicht zuletzt aufgrund der desolaten Finanzsituation des Landes Brandenburg, gilt es nun durch Information den Willen der Leitungsebene des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung den Bürgern gegenüber deutlich zu machen, um sie für die gemeinsame Überwindung der administrativen Schwierigkeiten zu gewinnen.